

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. März 2023 stellt der Klub sozialdemokratischer Bezirksrätinnen und Bezirksräte, der Klub der Grünen Wieden und die freie Bezirksrätin Eveline Dürr den nachstehenden

Antrag

betreffend

“Schreib, was du nicht sagen kannst” – Briefkästen an Wiedner Volksschulen

Der zuständige Amtsführende Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, Christoph Wiederkehr, wird ersucht, im Rahmen des neuen Kinderschutz-Konzeptes der Stadt Wien Kummer-Briefkästen an Wiedner Volksschulen aufzuhängen und von einem Team aus Sozialarbeiter:innen, Psycholog:innen, Pädagog:innen und Polizist:innen betreuen zu lassen.

Begründung

In Frankreich läuft seit zwei Jahren eine Vorreiter-Kampagne gegen Kindesmissbrauch : Unter dem Motto: "Wenn du es nicht sagen kannst, dann schreibe es" hängen in Schulen oder Sportvereinen über 200 weiße Briefkästen, in die Kinder Briefe oder Zeichnungen über ihre Sorgen und Nöte werfen können. Die meisten Briefkästen hat man in Grundschulen aufgestellt, weil dort die Kinder selten Handys haben, um bei einer Hilfshotline (in Österreich „Rat-auf-Draht“) anzurufen.

Jedes Mal, wenn ein Briefkasten installiert wird, werden die Kinder über das Projekt aufgeklärt. Über 2.000 Briefe haben französische Kinder in zwei Jahren eingeworfen. Einmal pro Woche werden sie abgeholt und von einem Team aus Psycholog:innen, Ärzt:innen, Pädagog:innen und Polizist:innen ausgewertet – gemeinsam versucht das Team, Lösungen für die Probleme der Kinder zu finden.

Die Briefe der Kinder haben zu mehreren polizeilichen Ermittlungen geführt und einen schockierenden Einblick in das Ausmaß des Kindesmissbrauchs in Frankreich gegeben. Bei 13% der Einsendungen ging es um Mobbing in der Schule, bei 21% um körperliche Misshandlung und bei 7% um sexuellen Missbrauch (70% betrafen Mädchen).

Die offiziellen Fallzahlen von Kindesmissbrauch sind in Österreich ähnlich wie in Frankreich. Die Meldungen und Anzeigen steigen, dennoch ist die Dunkelziffer riesig.

Die Stadt Wien hat nach den Missbrauchsvorwürfen gegen einen Pädagogen in einem städtischen Kindergarten einen „Aktionsplan Kinderschutz“ in Leben gerufen. Bundesweit hat die

Bundesregierung nach dem Fall Teichtmeister im Jänner härtere Strafen für Täter angekündigt. Das Maßnahmenpaket zum Schutz von Kindern sieht auch mehr finanzielle Mittel für Opferhilfe und eine Aufstockung der ermittelnden Kriminaldienststellen im Bereich Kindesmissbrauch vor. Teil davon sind auch Kinderschutzkonzepte in Schulen und Sportvereinen. Verbände wie die Bundesjugendvertretung fordern weitere Maßnahmen, um Kinder und Jugendliche umfassend vor Gewalt zu schützen. Die Kinderschutzorganisation "Die Möwe" betont in einer Aussendung besonders das Problem der hohen Dunkelziffer. Die Briefkästen wollen die Bemühungen der Bundes- und Stadtregierung um einen besseren Kinderschutz unterstützen und sind ein unbürokratischer Weg, einen Teil der Dunkelziffer ans Licht zu holen.